

## AG 7 Familie, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie

### I. Zielsetzung für die kommende Legislaturperiode

1 Wir stellen Familien in den Mittelpunkt, sorgen für gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen,  
2 stärken die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, unterstützen Senioren und verteidigen unsere  
3 Demokratie.

### 4 II. Zentrale Maßnahmen und konkrete Verabredungen

5 Für gutes Aufwachsen und Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Deutschland werden wir die  
6 verpflichtende Teilnahme aller Vierjährigen an einer flächendeckenden, mit den Ländern vereinbarten  
7 Diagnostik des **Sprach- und Entwicklungsstands** einführen. Bei ermitteltem Förderbedarf erwarten wir  
8 von den Ländern geeignete, verpflichtende Fördermaßnahmen und -konzepte. Dafür führen wir ein  
9 **Qualitätsentwicklungsgesetz (QEG)** ein und lösen das KiTa-Qualitätsgesetz ab. Im Rahmen des QEG  
10 werden wir eine zusätzliche Förderung für **Sprach-Kitas und Startchancen-Kitas** integrieren. Dafür  
11 entwickeln wir das Konzept der Sprach-Kitas weiter. Die Startchancen-Kitas werden wir nach den  
12 bereits in den Ländern entwickelten Sozialindizes bürokratiearm fördern, insbesondere mit einem  
13 Chancenbudget. Eine verlässliche Kinderbetreuung setzt mehr Fachkräfte voraus. Dabei unterstützt der  
14 Bund die Länder im Rahmen des Kita-Qualitätsgesetzes bereits jetzt. Wir wollen die duale Ausbildung  
15 für Erzieherberufe unter Beibehaltung des anerkannten Qualifikationsrahmens einführen. Die  
16 Anwerbung internationaler Fachkräfte für Kitas wollen wir beschleunigen, vereinfachen und ausweiten.

17  
18 Kinder brauchen moderne und gut ausgestattete Räume, denn die Basis des Bildungserfolgs wird  
19 bereits in Krippen und Kitas gelegt. Das Sondervermögen für **Infrastruktur** soll hier ansetzen und  
20 Neubau, Ausbau, Sanierung und Modernisierung (etwa für Inklusion, Arbeitsschutz, Ausstattung, und  
21 Digitalisierung) in der frühkindlichen Bildung ermöglichen.

22 Wir werden die gesetzlichen Fristen beim laufenden Investitionsprogramm zum Ganztagsausbau für  
23 Grundschulkindern um zwei Jahre verlängern. Angebote der anerkannten freien Träger der Jugendarbeit  
24 sollen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs herangezogen werden können und in ihrer Rolle gestärkt  
25 werden.

26 Wir entwickeln das **Elterngeld** weiter, indem wir mehr Anreize für mehr Partnerschaftlichkeit,  
27 insbesondere mehr Väterbeteiligung in alleiniger Verantwortung setzen. Wir machen so die Verteilung  
28 von Sorge- und Erwerbsarbeit langfristig gerechter. Das erreichen wir beispielsweise durch erhöhte  
29 Lohnersatzraten und veränderte Anzahl und Aufteilung der Bezugsmonate des Elterngeldes. Wir wollen  
30 die Einkommensgrenze und den Mindest- und Höchstbetrag spürbar anheben. Bei Selbständigen  
31 werden wir die Berechnungsgrundlage für das Elterngeld flexibilisieren. Wir stärken die Rechte von

32 Pflegeeltern und führen für sie ein Elterngeld ein. Unser Ziel ist eine konsequente Ende-zu-Ende-  
33 Digitalisierung beim Elterngeld.

34 Die **Frühen Hilfen** als wirkungsvolle und zielgenaue Präventionsmaßnahme zur Unterstützung,  
35 Begleitung und Beratung von Familien ab der Schwangerschaft stocken wir im Rahmen der  
36 Bundesstiftung Frühe Hilfen auf und erproben modellhaft, wie sie auf 4–6-jährige Kinder ausgeweitet  
37 werden können.

38 Wir wollen den **Kinderzuschlag** weiterentwickeln und vereinfachen. Dazu werden wir Abbruchkanten  
39 vermeiden und Regelungen zur Abschmelzung und Einkommensanrechnung für Familien günstiger  
40 gestalten. Der Kinderzuschlag soll Ende-zu-Ende digitalisiert werden. Die dazu notwendigen  
41 Regelungen zur Datenübermittlung und Datennutzung werden wir schaffen. In Deutschland ist etwa  
42 jedes fünfte Kind armutsgefährdet. Um eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erreichen,  
43 werden wir die Idee weiterverfolgen, Kindern über eine **Teilhabe-App** einen unbürokratischen Zugang  
44 zu besonderen schulischen, Sport-, Musik-, Kultur und Freizeitangeboten zu ermöglichen. Wir wollen  
45 ein übergreifendes **digitales Portal für alle Familienleistungen**, damit Familien einfach und  
46 unbürokratisch erfahren, welche Leistungen ihnen konkret zustehen und wie sie diese bekommen. Wir  
47 werden dabei die Möglichkeiten künstlicher Intelligenz nutzen, um Familien hilfreiche digitale Services  
48 bereit zu stellen.

49 Um Alleinerziehende und deren Kinder besser zu unterstützen, werden wir das Kindergeld nur hälftig  
50 auf den Unterhaltsvorschuss anrechnen. Wir arbeiten an einer höheren Rückgriffs-Quote.

51 Wir wollen sicherstellen, dass sich Kinder und Jugendliche in der digitalen Welt sicher bewegen können.  
52 Dazu werden wir eine Expertenkommission einsetzen, um eine **Strategie „Kinder- und Jugendschutz  
53 in der digitalen Welt“** zu erarbeiten und die Umsetzung ressort- und ebenenübergreifend zu begleiten.  
54 Insbesondere Eltern sollen durch gezielte Wissensvermittlung gestärkt werden. Plattformbetreiber und  
55 Anbieter werden wir in die Pflicht nehmen, den digitalen Kinder- und Jugendschutz wirksam  
56 umzusetzen. Wir setzen uns für verpflichtende Altersverifikationen und sichere Voreinstellungen für  
57 Kinder und Jugendliche bei digitalen Endgeräten und Angeboten ein.

58 Den **Fonds Sexueller Missbrauch** und das damit verbundene Ergänzende Hilfesystem führen wir unter  
59 Beteiligung des Betroffenenrats fort. Wir begleiten eng die Umsetzung des **UBSKM-Gesetzes** in  
60 Zusammenarbeit mit Ländern, Trägern und Einrichtungen, insbesondere im Hinblick auf das  
61 Akteneinsichtsrecht und die Pflicht der Institutionen zur Aufarbeitung und Umsetzung von  
62 Schutzkonzepten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass auch gewerbliche und gemeinnützige  
63 Anbieter außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe Schutzkonzepte entwickeln und umsetzen. Wir werden  
64 eine Bundesförderung von **Childhood-Häusern** etablieren. Damit werden regionale, interdisziplinäre

65 und ambulante Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche geschaffen, die körperliche Gewalt oder  
66 sexuellen Missbrauch erfahren haben.

67 Wir stärken den **Kinder- und Jugendschutz**. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir weiter  
68 verbessern.

69 Wir werden den **Kinder- und Jugendplan des Bundes weiterentwickeln**. Den Kinder- und Jugendplan  
70 als zentrales Finanzierungsinstrument für die Kinder- und Jugendarbeit wollen wir in einem ersten  
71 Schritt um 10 % besser ausstatten und anschließend die Finanzierung dynamisieren. Wir veranstalten  
72 einen nationalen Kinder- und Jugendgipfel, um jungen Menschen Gelegenheit zu geben, ihre Anliegen  
73 zu artikulieren, mit Politikern zu diskutieren und Schwerpunkte für künftige Kinder- und Jugendpolitik  
74 vorzuschlagen. Orte der Jugendarbeit, Jugendfreizeit- und außerschulische  
75 Jugendbildungseinrichtungen, Familienzentren oder andere Einrichtungen der Familienbildung sollen  
76 ebenso vor Ort vom **Bildungs- und Betreuungssondervermögen** profitieren.

77 Wir entwickeln eine **Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“** mit den Schwerpunkten  
78 Prävention und Früherkennung psychischer Erkrankungen, insbesondere durch Aufklärung und  
79 niedrigschwellige Beratung von Eltern sowie Fortbildung von Pädagogen und Fachkräften. Unser Ziel  
80 ist es, die Bereiche Bildung, Jugendhilfe und Gesundheit besser miteinander zu verzahnen.  
81 Experimentierklauseln ermöglichen wir.

82 Das Ziel der **inklusiven Kinder- und Jugendhilfe** durch Reduzierung der Schnittstellen soll weiterverfolgt  
83 werden, um den betroffenen Familien den Zugang zu Leistungen zu erleichtern und die Behörden zu  
84 entlasten. Wir werden zeitnah beginnen, gemeinsam mit Ländern und Kommunen unter Einbeziehung  
85 des umfangreichen Beteiligungsprozesses eine für sie umsetzbare Lösung zu erarbeiten.

86 Wir unterstützen die Aufarbeitung der Misshandlungen von Kindern bei Kuraufenthalten zwischen  
87 1950 und 1990 durch die "Initiative **Verschickungskinder**".

88 Um Gleichstellung schneller zu erreichen, führen wir die **ressortübergreifende**  
89 **Gleichstellungsstrategie** weiter. Wir möchten die interministerielle Zusammenarbeit der  
90 Bundesregierung optimieren. Die Bundesstiftung Gleichstellung ist für uns eine wichtige Säule.  
91 Gleichstellungspolitische Akteure werden wir weiterhin unterstützen. Frauen sind in der Politik,  
92 insbesondere auf kommunaler Ebene, immer noch unterrepräsentiert. Deswegen verstetigen wir den  
93 Helene-Weber-Preis.

94 Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Wirtschaft, Wissenschaft,  
95 Kultur und Medien, in Politik und Parlamenten. Das **Führungspositionengesetz** hat zu messbaren

96 Verbesserungen geführt. An diese Entwicklung knüpfen wir an. Der Bund muss weiter mit gutem  
97 Beispiel voran gehen. Dort wo Unterrepräsentanz herrscht, bessern wir nach. Dazu soll Führung in  
98 Teilzeit in der Bundesverwaltung weiter ausgebaut werden. Um den Anteil von Frauen in  
99 Führungspositionen von Bundesunternehmen weiter zu erhöhen, werden wir weitere gesetzliche  
100 Schritte prüfen. Wir werden sicherstellen, dass Verstöße gegen die Vorgaben zu Zielgrößen – sei es  
101 durch das Fehlen von Zielgrößen oder Fristen oder durch unzureichende Begründungen bei einer  
102 Zielgröße von Null – künftig konsequent und spürbar sanktioniert werden.

103 Das **Müttergenesungswerk** wollen wir langfristig absichern und mit Mitteln aus dem Sondervermögen  
104 Infrastruktur den Ausbau, Neubau und Sanierung von Mutter-Kind-Kliniken unterstützen.

105 Wir wollen einen **Mutterschutz für Selbständige** analog zu den Mutterschutzfristen für Beschäftigte  
106 einführen. Dafür prüfen wir zeitnah umlagefinanzierte und andere geeignet Finanzierungsmodelle.  
107 Darüber hinaus entwickeln wir gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft Konzepte für die  
108 Absicherung der betroffenen Betriebe. Wir werden eine Aufklärungskampagne zum Mutterschutz  
109 umsetzen.

110 Wir wollen Frauen, die ungewollt schwanger werden, in dieser sensiblen Lage umfassend unterstützen,  
111 um auch das ungeborene Leben bestmöglich zu schützen. Sie sollen die notwendige Beratung und Hilfe  
112 bekommen, um eine selbstbestimmte Entscheidung treffen zu können. Dort, wo die Hilfsangebote  
113 nicht ausreichen, wollen wir Verbesserungen anstoßen. Auch die **Versorgungslage bei**  
114 **Schwangerschaftsabbrüchen** werden wir kurzfristig auf Basis wissenschaftlicher Empfehlungen  
115 verbessern. Wir bauen Angebote für medizinische Weiter- und Fortbildung im Bereich  
116 Schwangerschaftsabbrüche aus.

117 Für uns gehört der **Zugang zu Verhütungsmitteln** zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung,  
118 deswegen prüfen wir die Möglichkeit einer solidarisch finanzierten Abgabe von Verhütungsmitteln für  
119 Frauen und Männer. Zudem wollen wir Forschung und Entwicklung von Verhütungsmitteln für Männer  
120 unterstützen. Wir werden auch weiterhin **ungewollt kinderlose Paare** unterstützen und die  
121 Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ fortführen und ausbauen.

122 Gewaltfreiheit ist ein Menschenrecht. In Umsetzung der Istanbul-Konvention und der EU-  
123 Gewaltschutzrichtlinie begleiten wir eng die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes und entwickeln die  
124 **Gewaltschutzstrategie des Bundes zu einem Nationalen Aktionsplan** fort. Wir ergreifen weitere  
125 Schutzmaßnahmen für betroffene Frauen: Die Präventions-, Aufklärungs- und Täterarbeit verstärken  
126 wir und stärken die Koordinierungsstelle Geschlechtsspezifische Gewalt in ihrer Arbeit. Die anonyme

127 Spurensicherung soll es Betroffenen ermöglichen, dass Spuren ohne Strafanzeige gesichert werden  
128 können.

129 **Seniorenpolitik** ist für uns eine Querschnittsaufgabe. In einer Zeit tiefgreifenden Wandels bringen  
130 ältere Menschen wichtige Ressourcen ein, um eine für alle lebenswerte Zukunft mitzugestalten. Wir  
131 werden die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen stärken und digitale Teilhabebarrrieren  
132 durch Unterstützungsprogramme wie den „Digitalpakt Alter“ weiter abbauen. Altersdiskriminierung  
133 wirken wir entgegen. Dazu gehören Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen sowie altersfreundliche  
134 Arbeitsmodelle und klare Regelungen, um Diskriminierung im Berufsalltag entgegenzutreten. Die  
135 Mehrgenerationenhäuser werden wir als wichtige generationenübergreifende Begegnungsorte weiter  
136 fördern. Um Wohnorte für gutes Altern zu schaffen, fördern wir modellhaft die Entwicklung innovativer  
137 und beispielgebender Konzepte für generationenübergreifende und gemeinschaftliche Wohnformen.

138 Die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen wollen wir verbessern. Hierzu  
139 werden wir die gesetzlichen Regelungen anpassen und die **Nationale Demenzstrategie** fortführen.

140 Wir streben an, das **Pflegezeitgesetz** und das **Familienpflegezeitgesetz** zusammenzuführen, die  
141 Freistellungsansprüche flexibler zu machen und den Kreis der Angehörigen zu erweitern. Wir prüfen,  
142 wie perspektivisch ein Familienpflegegeld eingeführt werden kann.

143 Vor dem Hintergrund unserer Geschichte sind wir stolz auf die demokratischen Institutionen und  
144 Aushandlungsprozesse in unserem Land. Sie sind die Grundlage unseres Zusammenlebens und müssen  
145 von früher Kindheit an erlernt werden.

146 Mit Sorge sehen wir das Erstarken des Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als  
147 Angriffe auf unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und auf das friedliche und respektvolle  
148 Miteinander. Wir sind überzeugt, dass wir verstärkt in die **Wehrhaftigkeit unserer Demokratie**  
149 investieren müssen. Wir unterstreichen die Bedeutung gemeinnütziger Organisationen, engagierter  
150 Vereine und zivilgesellschaftlicher Akteure als zentrale Säulen unserer Gesellschaft. Die Unterstützung  
151 von Projekten zur demokratischen Teilhabe durch das Bundesprogramm „**Demokratie leben!**“ setzen  
152 wir fort. Wir werden eine unabhängige Überprüfung dieses Programms in Bezug auf Zielerreichung und  
153 Wirkung veranlassen. Auf Basis der Ergebnisse prüfen wir weitere Maßnahmen für rechtssichere,  
154 altersunabhängige Arbeit gegen Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wir  
155 stellen weiterhin die Verfassungstreue geförderter Projekte sicher.

156 Die Arbeit der **Antidiskriminierungsstelle** wird fortgesetzt. Wir werden den Nationalen Aktionsplan  
157 gegen Rassismus neu auflegen, aufbauend auf einer zeitgemäßen Rassismusdefinition, die  
158 insbesondere die Bekämpfung von strukturellem und institutionellem Rassismus adressiert.

159 Wir stärken die **Freiwilligendienste**, stellen die überjährige Finanzierung sicher und bauen die  
160 Strukturen und Plätze sukzessive aus. Wir wollen einen Freiwilligendienst Bevölkerungsschutz  
161 implementieren, in den wir Modellprojekte des freiwilligen Handwerksjahres gemeinsam mit den  
162 Handwerkskammern integrieren. Wir wollen es Jugendlichen ermöglichen, sich unabhängig vom  
163 Geldbeutel der Eltern für einen Freiwilligendienst zu entscheiden. Wir wollen die **Wohlfahrtsverbände**  
164 bedarfsgerecht ausstatten.

165 Die **Einsamkeitsstrategie** werden wir weiter fortschreiben und die Arbeit bestehender Netzwerke  
166 unterstützen. Wir werden die Datenerhebung und Forschung zum Thema Einsamkeit insbesondere im  
167 Bereich der Kinder und Jugendlichen verbessern, um zielgenaue Maßnahmen zur Bekämpfung der  
168 zunehmenden Einsamkeit vom Kindesalter bis zu den Senioren zu entwickeln.

### III. Offene Punkte – keine Priorisierung

- **Kostenloses Mittagessen**

SPD: [Wir wollen die flächendeckende Einführung einer beitragsfreien, bioregionalen und klimafreundlichen Schul- und Kitaverpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Ziel muss es sein, Familien zu entlasten, Chancengleichheit zu schaffen, die Gesundheit der Kinder zu fördern, regionale Wertschöpfungskreisläufe zu stärken und einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten. Die regionalen Ernährungsräte leisten hierbei als zentrale Akteurinnen und Akteure mit ihrer Expertise und ihren Netzwerken entscheidende Unterstützung. Bei den Kommunalen Spitzenverbänden schaffen wir eine Servicestelle Ernährung, die die Akteure vernetzt und durch gute Praxisbeispiele Kommunen und Bildungseinrichtungen unterstützt.]

CDU/CSU: grundsätzliche Ablehnung

- **Familienstartzeit/ Partnerfreistellung nach Geburt**

SPD: [Wir wollen, dass Familien Kindererziehung, Pflege und Beruf besser vereinbaren können. Wir werden baldmöglichst eine Freistellung für Väter oder Partnerinnen/Partner bei voller, umlagefinanzierter Lohnfortzahlung in den ersten zwei Wochen nach Geburt eines Kindes (Familienstartzeit) einführen. Auch Alleinerziehende sollen eine Person benennen können, die sie unterstützt.]

CDU/CSU: Ablehnung

- **Prostitution/ Dreisäulenmodell**

CDU/CSU: [Deutschland ist zu einer Drehscheibe beim Menschenhandel geworden. Die Opfer sind fast ausnahmslos Frauen. Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung, insbesondere Zwangsprostitution, müssen wirksamer bekämpft werden. Dazu werden das Nordische Modell

zu einem Dreisäulenmodell für Deutschland entwickeln. Mit Prävention, Repression und Opferschutz werden wir gesetzlich notwendige Maßnahmen ergreifen.]

SPD: grundsätzliche Ablehnung, unter anderem des Dreisäulenmodells

SPD: [Wir bekämpfen Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, Zwangsprostitution und Gewalt gegen Sexarbeiter\*innen mit voller Entschlossenheit. Im Lichte der Evaluationsergebnisse zum Prostituiertenschutzgesetz werden wir mit Unterstützung einer unabhängigen Expert\*innen-Kommission bei Bedarf nachbessern.]

CDU/CSU: Ablehnung des Alternativvorschlags der SPD

- **Werbeverbot für Suchtmittel U18**

SPD: [Zum Schutz von Jugendlichen werden wir strengere Regulierungen, Werbebeschränkungen und Altersgrenzen für Energy-Drinks, Alkohol, Einweg-Zigaretten und neuartige Nikotinprodukte auf den Weg bringen.]

CDU/CSU: Ablehnung

- **Selbstbestimmungsgesetz**

Forderung CDU/CSU: Abschaffung des Selbstbestimmungsgesetzes in der geltenden Fassung

SPD: [Verantwortung und Vielfalt gehören für uns zusammen. Wir führen den ressortübergreifenden Nationalen Aktionsplan „Queer leben“ für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt mit der Zivilgesellschaft fort, um die Lebensrealität queerer Menschen und Familien besser zu berücksichtigen. Wir schützen queeres Leben noch besser vor Diskriminierung.]

CDU/CSU: Ablehnung des Vorschlags; Thema wurde in der AG nicht besprochen.

- **Psychosoziale Zentren**

SPD: [Auch als Beitrag zu mehr Sicherheit und Integration wollen wir die Psychozialen Zentren finanziell besser ausstatten, sodass insbesondere traumatisierte Asylbewerber besser behandelt werden können.]

CDU/CSU: Ablehnung

#### IV. Bundesrat

Eine Zustimmungspflicht im Bundesrat besteht für die nachfolgenden Maßnahmen:

<b>Vorhaben</b>
Einführung verpflichtende Diagnostik des Sprach- und Entwicklungsstands
Einführung eines Qualitätsentwicklungsgesetzes (QEG)
Einführung Sondervermögen Infrastruktur frühkindliche Bildung
Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes

Folgende Maßnahmen beteiligen den Bundesrat via Einspruchsgesetz:

<b>Vorhaben</b>
Änderung des Ganztagsfinanzhilfegesetzes (GaFinHG) und des Ganztagsfinanzierungsgesetzes (GaFG)/ Fristverlängerung
Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes – BEEG
Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG) (Kinderzuschlag)
Frühe Hilfen/ Änderung des Gesetzes Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)
Anpassung Jugendfreiwilligendienstgesetz/ Bundesfreiwilligendienstgesetz
Änderung des Führungspositionengesetzes II (Anpassung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes/ Bundesgleichstellungsgesetzes)
Investitionsprogramm Müttergenesungswerk
Ggfs. Einführung eines Demenzteilhabegesetz

#### V. Finanzwirksame Maßnahmen

Die vorgeschlagenen Maßnahmen lösen finanzwirksame Mehrkosten von insgesamt 3.937 Mio. Euro (nach oben hin offen) im Jahr 2026, ohne Sondervermögen aus. Im Einzelnen:

In Mio. Euro					
Maßnahmen		2025	2026	2027	2028

	Zusätzlich: Einschätzung: Haushaltswirksam oder Finanzierung über anderen Weg Konsolidierungsmaßnahm en				
<b>Anpassung Unterhaltsvorschuss</b>			600	600	600
<b>Infrastruktur KITA</b>	Sondervermögen		4.000	4.000	4.000
<b>Einrichtungen Familienzentren; Jugendfreizeiteinrichtunge n, andere Einrichtungen der Familienbildung</b>	Sondervermögen		1.000	1.000	1.000
<b>Frühkindliche Bildung/ Diagnostik/ Einführung eines QEG (Sprachförderung, Startchancen-KITAS und Sprach-KITAS)</b>			2.000	4.000	4.000
<b>Frühe Hilfen</b>			50	50	50
<b>Fonds sexueller Kindesmissbrauch</b>			50	50	50
<b>Müttergenesungswerke</b>	Sondervermögen		50	50	50
<b>Seniorenpolitik</b>			1	1	1
<b>Freiwilligendienste</b>			50	50	50
<b>Bundesförderung Childhood-Häuser</b>			50	50	50
<b>Ungewollt Kinderlose</b>			5	5	5
<b>KJP</b>			24	29	34
<b>Freie Wohlfahrtspflege</b>			7	7	7
<b>Elterngeld</b>					

Mindestbetrag (auf 400 Euro)			Keine gesicherten Zahlen vorliegen	Keine gesicherten Zahlen vorliegen	Keine gesicherten Zahlen vorliegen
Mindestbetrag (auf 500 Euro)			400 bis 450	400 bis 450	400 bis 450
Alt. 1.1 Höchstbetrag (auf 2.000 Euro)			350 bis 400	350 bis 400	350 bis 400
Alt. 1.2 Höchstbetrag (auf 2.200 Euro)			650	650	650
Rücknahme Kappung (Anhebung Einkommensgrenze auf 300.000 Euro)			250 bis 350	250 bis 350	250 bis 350
<b>Elterngeld für Pflegeeltern</b>					
Elterngeld für alle Pflegeeltern (Volles Elterngeld/ bei Höchstbetrag bis zu 1.800 Euro, 2.000 Euro, 2.200 Euro, 2.400 Euro)			ca. 50	ca. 50	ca. 50
Elterngeld für alle Pflegeeltern (Mindestbetrag Elterngeld von 300 Euro)			20	20	20
Elterngeld für alle Pflegeeltern (Mindestbetrag Elterngeld von 400 Euro)			28	28	28
Elterngeld für alle Pflegeeltern (Mindestbetrag Elterngeld von 500 Euro)			35	35	35
<b>Gesamt ohne Sondervermögen (bei</b>			3.937 (nach	5.942 (nach	5.947 (nach

<b>Elterngeld Variante 1.1 sowie Pflegeeltern volles Elterngeld)</b>			oben offen)	oben offen)	oben offen)
<b>Gesamt mit Sondervermögen (bei Elterngeld Variante 1.1 und 2.1 sowie Pflegeeltern Variante Mindestbetrag 300 Euro)</b>			8.987	10.992	10.997
<b>strittig</b>					
<b>Kostenloses Mittagessen ohne Investitionskosten (Kita/ Schule bis 10. Klasse; ohne BuT)</b>			11.000	11.000	11.000
<b>Psychosoziale Zentren</b>			20	20	20

#### VI. Schnittstellen und Widersprüche zu anderen Arbeitsgruppen

- AG Nr. 4 Kinderzuschlag [Sondierungspapier Zusammenführung Kinderzuschlag und Wohngeld]
- AG Nr. 3/ Nr. 14 Altersverifikation soziale Medien [Unterschiedliche Auffassung Thema Verpflichtung]
- AG Nr. 8 Frühkindliche Bildung/ Ganztagsbetreuung [Überschneidung Thema]
- AG Nr. 1 Gewaltschutz/Nationaler Aktionsplan
- AG Nr. 17 Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie
- AG Nr. 8/ Nr. 3 Ressortübergreifende Umsetzung Strategie Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt
- AG Nr. 1/ Nr. 17 Bundesgleichstellungsgesetz
- AG Nr. 6 Mentale Gesundheit Kinder und Jugendliche
- AG Nr. 1 Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus/ Antidiskriminierungsstelle
- AG Nr. 1 und AG Nr. 6 Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen
- AG Nr. 6 Ausbau medizinische Weiter- und Fortbildung im Bereich Schwangerschaftsabbrüche